REUTERS

Castro

mehrere Trainingsanzüge in den kubanischen Nationalfarben Rot-Weiß-Blau des Herstellers Adidas aus dem fränkischen Herzogenaurach. Die teilweise mit Namenssignet „F. Castro“ versehenen Sportjacken kamen schon bei Besuchen von Brasiliens Staatschef Luiz Inácio „Lula“ da Silva, dem ehemaligen US-Präsidenten Jimmy Carter oder von Venezuelas Staatsoberhaupt Hugo Chávez zum Einsatz – und aufs Foto. Die offenkundige Vorliebe Castros wird in der fränkischen Firmenzentrale mit Wohlwollen gesehen. Einen Werbevertrag mit dem Máximo Líder gebe es allerdings nicht; die sportiven Kleidungsstücke seien nicht käuflich zu erwerben.

Frank-Walter Steinmeier, 52, für seine kühle Distanziertheit bekannter Bundesaußenminister, kann auch anders. Als frischgekürter Grünkohlkönig der niedersächsischen Stadt Oldenburg ließ er vergangenen Montag zu fortgeschrittener Stunde alle Zurückhaltung fahren und posierte ausgelassen mit **Ina Müller,** 42, Kabarettistin und NDR-Moderatorin („Inas Norden“), vor der Kamera. Müller, in diesem Jahr Vorsitzende des Kuratoriums zur Wahl des Grünkohlkönigs, bemängelte gegen halb zwei Uhr morgens scherzend, dass Steinmeier die nötige Ernsthaftigkeit für sein neues Amt vermissen lasse; „viel zu lässig“ trage er seine Insignien, so die Sängerin. Steinmeier konterte: „Bei uns in Niedersachsen zählt Prunk nicht so viel, wichtig ist es, mit einer toughen Norddeutschen auf dem Foto zu sein.“ Sprach's und drückte die überraschte Künstlerin fest an sich. Um seinem Ehrenamt gerecht zu werden, hatte Steinmeier schon früher am Abend angekündigt, dass in der Kantine des Außenministeriums alsbald Grünkohl serviert werden solle.

FRANK OSSENBRINK

Müller, Steinmeier

Chelsea Clinton, 27, Tochter der US-Präsidentschaftsanwärterin Hillary Clinton, die bisher im Wahlkampf an der Seite ihrer Mutter weitgehend stumm geblieben war, ist zum ersten Mal allein aufgetreten. Chelsea, in ihrer Ablehnung von Pressekontakten so konsequent, dass sie kürzlich sogar eine neunjährige Kinderzeitungsreporterin abwies, lud zu einer ausführlichen Frage-und-Antwort-Runde am Sinclair Community College in Dayton, Ohio. Fast tausend Studenten folgten ihrem Ruf. Die junge Frau betrat damit Feindesland – die US-Campi gelten gemeinhin als Obama-Territorium, der stärkste Konkurrent Hillary Clintons ist der Favorit vieler Studierender. Souverän und bestens informiert bestritt Chelsea Clinton die Veranstaltung. Eigene politische Ambitionen habe sie nicht, versicherte sie ihrem Auditorium, und ihr ehemaliges Zimmer im Weißen Haus wolle sie auf keinen Fall zurück, falls ihre Mutter die Präsidentschaft gewinne: „Ich bin 27 Jahre alt, ich liebe meine Eltern sehr, aber ich will nicht wieder mit ihnen zusammenwohnen.“

Madonna, 49, millionenschwere Popsängerin, die daran gewöhnt ist, zu bekommen, was sie will, musste eine Schlappe einstecken. Die Musikerin mit Kultstatus zu Lebzeiten hat eine Dokumentation über Waisenkinder in Malawi gefilmt und hatte vergebens versucht, den ehemaligen Uno-Generalsekretär Kofi Annan zu überreden, darin aufzutreten. Der Film berichtet über die Armut in dem afrikanischen Land, aus dem Madonnas Adoptivsohn David stammt. Ein Grund für die Absage ist nicht genannt worden. Die Sprachregelung in Madonnas Team lautet nun, dass Annan zu einem Auftritt zwar bereit gewesen sei, die „Terminkalender der beiden jedoch nicht zu koordinieren“ gewesen seien.

KAREL PRINSLOO / AP

Madonna, Sohn David

Jean-Baptiste Prévost, 23, Präsident des nationalen französischen Studentenverbandes UNEF, hat mit einer schockierenden Kampagne dazu beigetragen, die Wohnungsnot der französischen Studenten zu lindern. Nur 7 Prozent aller Studierenden in Frankreich finden laut UNEF einen Platz im Studentenheim, rund 80 Prozent leben noch bei ihren Eltern. Um darauf aufmerksam zu machen, hat UNEF ein Plakat kreiert. Das Bild zeigt ein junges Pärchen beim Sex, Seite an Seite mit den Eltern im selben Bett. „Das Bild sollte aufrütteln, damit die Politiker endlich auf unsere Probleme reagieren“, erklärt Prévost seine Idee zu dem provokanten Poster, das seit Ende Januar landesweit an den Universitäten aushängt und seither sowohl begeisterte Zustimmung als auch entsetzte Reaktionen auslöst. Konkrete Folgen sind nun auch zu erwarten: Das Hochschulministerium kündigte kürzlich 620 Millionen Euro zur Finanzierung neuer Studentenwohnungen an.

MILA JEUDY / UNEF

UNEF-Plakat